



»Wir stehen ganz am Anfang der Entwicklung«

Interview mit Dr. Volker Hauff

Ehem. Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main a. D., Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie a. D., Bundesminister a. D.*, Ratsmitglied von 2001 bis 2010

Herr Dr. Hauff, mit dem Brundtland-Bericht 1987 haben Sie das Verständnis für Nachhaltigkeit wesentlich geprägt. Würden Sie diese Auslegung heute anders beschreiben?

Die Definition mit der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit ist zum Klassiker geworden. Sie wurde schließlich ersetzt durch eine Interpretation, mit der ich nie ganz glücklich war: die drei Säulen von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Das ist eine notwendige Zwischenstufe im öffentlichen Lernen des Begriffes. Dadurch wurde er handhabbar, insbesondere für die Wirtschaft. Aber wir sprachen eher von einer Kultur der Nachhaltigkeit, denn die Bereiche durchdringen sich gegenseitig. Kultur ist der Stachel, der nachhaltige Entwicklung erst in Gang setzt.

Man wirft dem Begriff Schwammigkeit vor, gleichzeitig öffnet er viele Zugänge. Wie kamen Sie zu dem, was man heute Nachhaltigkeit nennt?

Das Thema hat mich ein Leben lang beschäftigt. Nach dem Abitur wollte ich etwas machen, wozu man seine Hände braucht. Ich ging für einige Monate ins Steinkohlebergwerk Essen zum Kohlehauen. Wenn ich meine Wäsche aus dem Wohnheimfenster hängte, war sie abends voller Ruß. Als Willy Brandt forderte: »Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden«, war das für mich nicht einfach ein abstrakter Begriff. So wurde das Umweltthema für mich interessant. Die harte Arbeit im Bergwerk prägte außerdem meine soziale Haltung, weswegen ich dann in die SPD eintrat.

Sie trieben die Ökologie politisch voran.

In meiner Zeit im Bundesforschungsministerium hinterfragten wir die Energiepolitik und die Risiken der Großtechnologien. Gegen alle denkbaren Widerstände setzten wir Anfang der 1970er-Jahre ein Forschungsprogramm für erneuerbare Energie auf, um Alternativen zu finden. Die Wissenschaft zweifelte an unserem Vorhaben: Das sei eine Spielwiese, die langfristig höchstens fünf Prozent an der Energieversorgung ausmachen könne. Um Umweltpolitik zu verankern, brauchten wir aber Sachverstand.

* Titel zur Zeit der Berufung



Wir gründeten einen wissenschaftlichen Beirat und legten ein eigenes Umweltforschungsprogramm auf. Der Regierung stellten wir das Umweltbundesamt zur Seite.

1983 berief Sie die norwegische Politikerin Gro Harlem Brundtland zur Mitwirkung in der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Was beeinflusste Ihre Arbeit dort?

Gro Harlem Brundtland verschaffte mir ein Schlüsselerlebnis mit ihrem Appell: »Die Art, wie wir den Bericht erstellen und wie wir dabei kommunizieren, ist genauso wichtig wie der Bericht selbst.« Deshalb kamen in der ersten Woche zunächst Menschen aus dem Amazonasbecken, Dissidenten der Sowjetunion oder Randgruppen aus Japan zu Wort. In der zweiten Woche erarbeiteten wir den Bericht. Was keiner von uns ahnte: Die Empfehlung für eine UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung, die wir in die Schlussbemerkungen schrieben, verhalf dem Thema zum Durchbruch. Deswegen gab es überhaupt den historischen Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992.

In Rio beschloss man ein weiteres Treffen nach zehn Jahren in Johannesburg.

Jeder Staat sollte 2002 berichten, welche Nachhaltigkeitsstrategie er für sein Land entwickelt hat. Doch lange passierte nichts. Etwa 18 Monate vor der Konferenz kam Bewegung in die Staaten. In Deutschland griff man auf das bewährte Modell der Umweltpolitik zurück: Institutionalisierung. Man gründete den Rat für Nachhaltige Entwicklung, den Staatssekretärsausschuss zur Kontrolle für die Umsetzung und später den Parlamentarischen Beirat für den Einfluss auf die Gesetzgebung.

2001 nahm der Rat für Nachhaltige Entwicklung seine Arbeit auf. Wo fängt man da an?

Das war die schönste Zeit im Rat! Wir orientierten uns an verschiedenen Punkten, von denen mir drei besonders wichtig waren:

Erstens: Wenn wir nachhaltige Entwicklung wollen, brauchen wir Produzenten und Konsumenten gleichermaßen. Das funktioniert nicht über einen Kommandostaat, der zu wissen glaubt, wie es geht. Er muss sich vielmehr als Partner verstehen, der darauf angewiesen ist, dass die Zivilgesellschaft Entscheidungen mitträgt.

Zweitens: Man muss jedem Ziel nachvollziehbare Größen hinzufügen. Denn nur was ich messen kann, kann ich auch managen. Wenn man nachhaltige Landwirtschaft anstrebt, heißt das z. B. konkret, dass die Einbringung von Stickoxid pro bewirtschaftete Fläche reduziert wird. Heute gibt es keine Nachhaltigkeitsstrategie eines Staates, die ohne solche Indikatoren auskommt.

Drittens: Wir leben in einer globalisierten Welt. Ich kann das Klima nicht allein in Deutschland retten. Ich kann die Meeresverschmutzung nicht allein durch deutsche Entscheidungen stoppen. Wir brauchen internationale Zusammenarbeit mit Absprachen, Verträgen, Technologietransfer und Finanzierung.



Heute erfreut sich besonders die Messung von Nachhaltigkeit großer Beliebtheit.

Die regelmäßige Berichterstattung mit Daten und Fakten hat sich auch durch die Arbeit des Nachhaltigkeitsrats etablieren können. Günther Bachmann, der heutige Generalsekretär, und ich riefen den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie ins Leben. Später ließen wir Gutachten über die deutsche Nachhaltigkeitspolitik von Nicht-Deutschen erstellen, die sogenannten Peer-Reviews. Das hat damals viele überrascht, ist aber mittlerweile breit akzeptiert.

Wie blicken Sie auf Ihre Ratstätigkeit zurück?

Mit Dankbarkeit und einem gewissen Stolz sowie Freude über die gute Zusammenarbeit, die sich im Rat entwickelt hat. Besonders mit Günther Bachmann und Klaus Töpfer haben wir den Stil des Rats geprägt: Statt ein Gutachten nach dem anderen zu schreiben, haben wir uns um praktische Relevanz bemüht und Themen bis zur Reife ausdiskutiert. Dadurch gab es viele konkrete Ergebnisse, zum Beispiel den Nachhaltigkeitskodex.

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex erhält gerade viel Rückenwind.

Ja, jetzt! Aber als wir anfangen, gab es eine riesige Diskussion. NGOs und Wirtschaft saßen sich unversöhnlich gegenüber. Die NGOs sagten: Freiwillige Berichterstattung ohne Gesetze ist Greenwashing, also inhaltsleeres Blabla. Die Wirtschaftsvertreter sagten: Nachhaltigkeit ist keine gesetzliche Aufgabe, sondern ein Stück unserer Eigenverantwortung, bei der wir uns Einmischung verbitten. Der Rat hat dann vermittelt, beide Positionen und ihre Argumente wertgeschätzt und gefragt: Was würde in freiwilligen Berichten drinstehen? Was ist wesentlich? Was ermöglicht Vergleichbarkeit? Das war ein schwieriger Prozess. Dabei konnten wir den Arbeitsstil des Rats verankern: Wir wollten nicht recht haben, sondern recht bekommen.

Damit haben Sie Gesprächskultur geprägt. Wie entsteht Kultur in Unternehmen?

Nehmen wir zwei Firmen, die derzeit am Pranger stehen: Deutsche Bank und VW. Beide waren schon für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis nominiert. Was für ein Widerspruch! Es geht eben nicht nur um technische Fragen: Welche Kreisläufe gibt es im Unternehmen, wie ökologisch ist die Beschaffung, wie innovativ das neue Firmengebäude? Nachhaltigkeit in Organisationen ist Chefsache. Aber nicht von oben herab mit Vorschriften, was zu tun ist, sondern durch Ermunterung, gemeinsam darüber nachzudenken, wie man sich weiterentwickelt. Daraus entsteht im Laufe der Zeit eine Kultur.

Spiegelt sich das nicht auch in den gegenwärtigen Wertediskussionen?

Werte kann man haben oder nicht haben. Kultur ist vielmehr das gegenseitige Einverständnis darüber, was wertvoll ist. Dabei geht es, über das Individuum hinaus, um das Zusammenleben. Wir befinden uns da in einem Lernprozess. In den letzten 15 Jahren



habe ich mir aber manchmal die Augen gerieben, wie rasch die Wirtschaft gelernt hat, Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Überraschenderweise wurde sie zur treibenden Kraft.

Woran lag das?

Wenn wir über die Herausforderungen der Zukunft nachdenken, sind sie alle mit nachhaltiger Entwicklung verbunden: Gesundheit, Verkehr, Bevölkerung usw. Wenn sich Unternehmen wegentwickeln von den Bedürfnissen der Gesellschaft, dann verschwinden sie und es kommen andere. Nur die Firmen werden überleben, die einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit in den nächsten 50 bis 100 Jahren leisten.

Immer mehr Unternehmen messen diesen Beitrag mit Key Performance Indicators.

Das ist alles sehr technisch durchdacht, was ich grundsätzlich nicht kritisieren möchte. Aber bei Zukunftsfähigkeit geht es um mehr: Sie verlangt Fairness und Vertrauen. An diesem Thema arbeite ich derzeit. Vertrauen ist eine knappe Ressource in der Risikogesellschaft. Vor 20 Jahren ging es um Umweltzerstörung. Heute erleben wir unglaubliche soziale Verwüstungen. Was ermöglicht ein gelingendes Zusammenleben von Menschen? Was hält eine Gesellschaft zusammen?

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die Ökonomie. Sie haben immer wieder ein nachhaltiges Finanzsystem eingefordert. Gab es hier Fortschritte?

Ja, aber unwesentlich. Nach der Wirtschaft muss nun die öffentliche Hand lernen, Nachhaltigkeit mit ihren Kernprozessen, also dem Bundeshaushalt, zu verknüpfen. Erste Ansätze dafür gibt es mit den Tragfähigkeitsberichten des Finanzministeriums. Bei Themen wie Demografie und Renten hat man begonnen, solche langfristigen Überlegungen anzustellen. An der Stelle sind nun Einfallsreichtum, Offenheit und Ernsthaftigkeit gefragt.

Hat der Rat ausreichend politischen Einfluss?

Er findet durchaus Gehör und hat viele konkrete Anregungen formuliert, die sich im praktischen Regierungshandeln niederschlugen. In jahrelanger Millimeterarbeit haben wir z. B. für eine nachhaltige Beschaffungspolitik gekämpft. Das ist ein Kernprozess des Bundes. Die öffentliche Hand ist bei Weitem der größte Nachfrager von Büromaterialien, Computern, Autos oder im Gebäudebau. Mittlerweile bewegen sich viele Ministerien in die richtige Richtung.

Indianischen Stämmen wird die Weisheit zugesprochen, jede Entscheidung sollte auch sieben Generationen später noch befürwortet werden können.

Wenn man Nachhaltigkeit einmal von der anderen Seite definiert, ist sie der Versuch, das, was wir heute tun und unterlassen, mit den Augen der kommenden Generationen zu sehen und zu bewerten. Das ist eine neue Art zu denken, die wir bisher weder ge-



lernt noch praktiziert haben. Einstein meinte ja, ein Problem kann man nicht mit dem gleichen Denken lösen, das zu diesem Problem geführt hat. Was würden also die in der Zukunft Lebenden wollen, was wir heute machen?

Fortschritt ist eine Schnecke, sagte Günter Grass. Was macht Ihnen Mut?

Dass die Schnecke sich bewegt! Ich wäre höchst verunsichert, wenn sie sich ins Schneckenhaus zurückzieht. Deshalb muss man Gelegenheiten schaffen zur Begegnung, eine Öffentlichkeit für das Nachhaltigkeitsthema organisieren und grundsätzlich zur Diskussion einladen.

Welche Wünsche haben Sie an die weitere Arbeit des Rats?

Dass er alle Beteiligten immer wieder daran erinnert: Bei Nachhaltigkeit geht es um die eigenen Verantwortlichkeiten, um Kernprozesse und -aufgaben.

Wann sind wir am Ziel angelangt?

Ich habe überhaupt keine Zweifel, dass wir erst ganz am Anfang einer Entwicklung stehen. Als ich damals sagte: Nachhaltigkeit wird das Leitbild des 21. Jahrhunderts, nahm mich kaum einer ernst. Mir war da schon klar: Das Leitbild wird erst wirksam, wenn ich längst gestorben bin. So langfristig muss man denken bei solchen Prozessen! Globalisierung und Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen wird unsere größte Aufgabe.

Das Interview führte Tina Teucher.